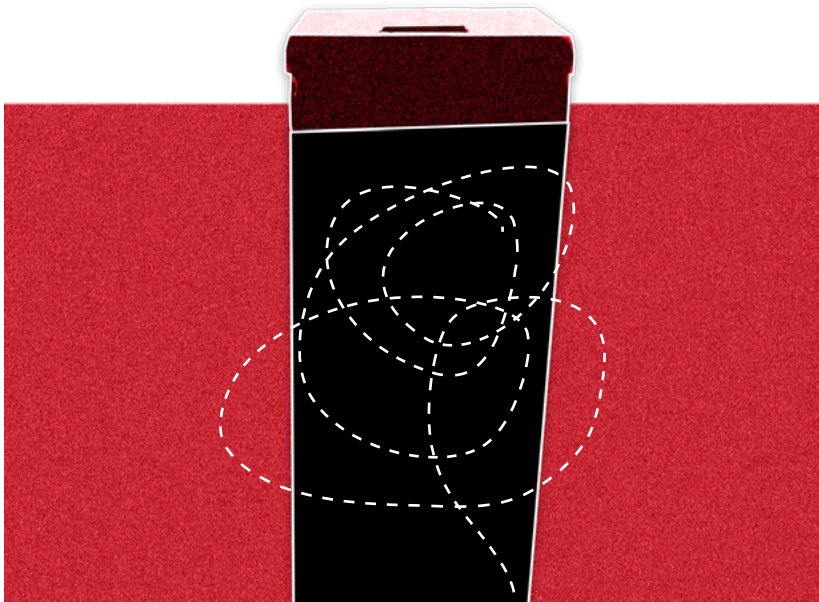


**PSEUDO-REFERENDEN
IN DEN BESETZTEN
GEBIETEN DER UKRAINE:
WAS RUSSLAND PLANT
UND WIE MAN ES
VERHINDERN KANN**



Russland bereitet sich darauf vor, Pseudo-Referenden in den besetzten ukrainischen Gebieten abzuhalten. Die Ergebnisse dieser gefälschten Referenden werden Russland eine «Rechtsgrundlage» für die Annexion der ukrainischen Gebiete verschaffen und von der Welt verlangen, die Annexion anzuerkennen oder zu akzeptieren – wahrscheinlich durch den Einsatz von nuklearer Erpressung. Das Ergebnis der «Abstimmung» wäre rechtlich gesehen null und nichtig, hätte aber erhebliche Auswirkungen auf die Lage innerhalb und außerhalb der Ukraine – in militärischer, humanitärer und politischer Hinsicht. Es ist dringend notwendig, die russischen Pläne zu durchkreuzen. Das zivile Netzwerk OPORA hat Ratschläge für die Ukraine und andere Staaten formuliert, wie diese Gegenmaßnahmen aussehen könnten, und analysiert, welche Bedrohung für die Bewohner der besetzten Gebiete, die Ukraine und die Welt von der Abhaltung von Pseudo-Referenden ausgeht und wie man sich darauf vorbereiten kann.

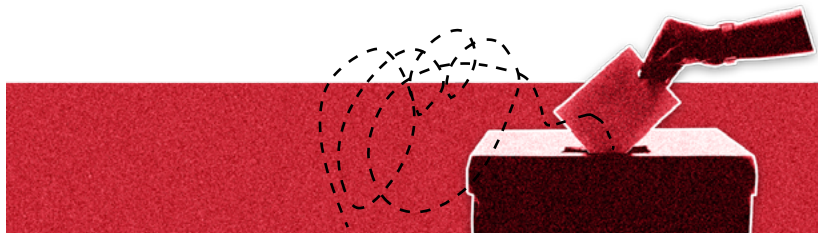


Wie Pseudo-Referenden direkt vorbereitet werden

Vertreter Russlands haben erklärt, dass die Vorbereitungen für Pseudo-Referenden in den vorübergehend besetzten ukrainischen Gebieten begonnen haben. Das Datum der Pseudowahlen wird nicht bekannt gegeben, aber es wird angedeutet, dass sie in den Gebieten Saporischschja und Cherson am 11. September 2022 stattfinden werden. In den Regionen Donezk und Luhansk wollen die Russen fiktive Volksabstimmungen abhalten, wenn sie die beiden Regionen vollständig übernehmen.

Am 23. Juli 2022 erklärten die Leiter der russischen Besatzungsverwaltungen, dass sie mit der Bildung von Wahlkommissionen für das Referendum in den Regionen Saporischschja und Cherson begonnen hätten. Und am 30. Juli wurde bekannt, dass die Besatzungsverwaltungen planen, die zentrale russische Wahlkommission um Hilfe bei der Vorbereitung der Referenden zu bitten. Dies ist wahrscheinlich ein Hinweis auf Probleme bei der Rekrutierung von Personen aus den besetzten Gebieten für die Wahlkommissionen und die Ressourcen. Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation hat sich nicht an dem 2014 organisierten Pseudo-Referendum auf der Krim beteiligt, da es der offiziellen russischen Propaganda von der „regionalen Selbstbestimmung“ widerspricht. Es ist jedoch möglich, dass sich die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation nun dem Prozess anschließt.

Die Besetzer haben keinen Zugang zu den Wählerlisten, da die zentrale ukrainische Wahlkommission die Führung des staatlichen Wählerregisters bereits am 24. Februar ausgesetzt hat. Allerdings werden personenbezogene Daten von Einwohnern in den besetzten Gebieten gesammelt – wahrscheinlich stellen die Russen ihre eigenen Wählerlisten zusammen. Darüber hinaus haben die Besatzungsbehörden Wahlunterlagen aus dem Staatsarchiv der Oblast Cherson gestohlen.



Vor fiktiven Volksabstimmungen veranstalten die Besetzer öffentliche Kundgebungen, auf denen die Teilnehmer für den Anschluss der Regionen an Russland werben. Mit diesen Maßnahmen soll der Eindruck erweckt werden, dass die von den Russen verkündeten Ergebnisse der „Abstimmung“ die Freiheit der Einwohner widerspiegeln. Der ukrainische Sicherheitsdienst und die Hauptdirektion für Nachrichtendienste des ukrainischen Verteidigungsministeriums haben ebenfalls davor gewarnt. Der Staatliche Nachrichtendienst berichtete insbesondere, dass die Teilnehmer an den Kundgebungen zur Unterstützung der Pseudo-Referenden angeworben werden, indem man ihnen sogenannte humanitäre Hilfe oder Geld gibt. Auch Mitglieder kremlnaher Bürgerorganisationen werden für solche Veranstaltungen angeworben: „Rosmolodezh“, „Junge Garde“, „Freiwillige za Russland“, „Wir sind zusammen mit Russland“. Zu diesen Organisationen gehören hauptsächlich Russen, die die Unterstützung der Einheimischen für Russland imitieren und den russischen Medien helfen, inszenierte Propagandastories zu drehen.

Um die Pseudo-Referenden zu legitimieren, werden auch „internationale Beobachter“ eingeladen. Der Leiter der russischen Besatzungsbehörden in der Region Saporischschja, Wolodymyr Rogow, sagte dies. Die Beteiligung solcher Beobachter und Experten ist in Russland gängige Praxis, doch die Europäische Plattform für demokratische Wahlen (EPDE) hat dies wiederholt kritisiert und empfohlen, die Schlussfolgerungen der von Russland beauftragten Beobachter nicht als legitim anzuerkennen.

Die Bewohner der vorübergehend besetzten Gebiete werden dazu gebracht, den Anschluss an Russland zu unterstützen, während jede Äußerung gegen die Besatzungsbehörden und die gefälschten Volksabstimmungen als Aufruf zum Extremismus gewertet wird. Trotzdem leisten die Ukrainer in den vorübergehend besetzten Gebieten parteiischen Widerstand gegen die Invasoren.



Wie Russland sich auf Pseudo-Referenden in den vorübergehend besetzten ukrainischen Gebieten vorbereitet

Bevor sie gefälschte Referenden abhalten, versuchen die Russen, das Leben der Menschen in den vorübergehend besetzten ukrainischen Gebieten so weit wie möglich unter ihre Kontrolle zu bringen.

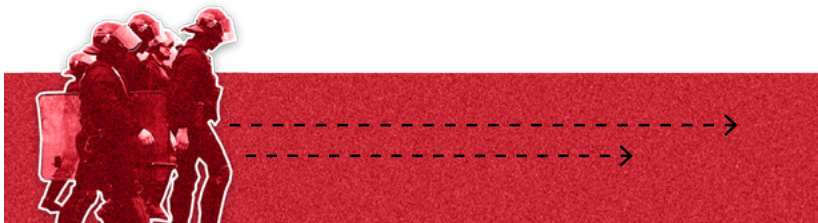
Dies geschieht durch eine Informationsblockade und die Verbreitung russischer Propaganda, durch die Abtrennung der wirtschaftlichen Beziehungen zur übrigen Ukraine, durch die erzwungene Passportierung der Einwohner und die Schaffung eines Systems von Strafverfolgungsbehörden.

• Die Besatzungspolizei wird in den besetzten Gebieten aufgebaut

Zu Beginn der Besetzung wurden Menschen von der Krim und aus den zuvor besetzten ukrainischen Gebieten für die Besatzungspolizei in den Gebieten Cherson und Saporischschja rekrutiert, und im Juli wurden vorübergehend Abteilungen des russischen Innenministeriums eingerichtet und russische Polizisten eingesetzt. Offenbar ist dies Teil der Vorbereitungen für die Pseudo-Referenden und soll den russischen Propagandamedien den Anschein von Recht und Ordnung vermitteln. Darüber hinaus geht die russische Polizei unter dem Deckmantel der Extremismusbekämpfung ständig gegen Bürger vor, die sich weigern, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten und die Ukraine zu unterstützen.

• Besatzer sammeln Daten über Ukrainer im Gegenzug für Hilfe

Die Russen nutzen die dadurch ausgelöste humanitäre Katastrophe, um persönliche Daten über die Ukrainer zu sammeln und Menschen zu finden, die sich an Pseudo-Referenden für Geld und Lebensmittel beteiligen können. Unter dem Deckmantel einer humanitären Mission im Süden der Ukraine ist die Partei „Einiges Russland“ der russischen Behörden aktiv. Unter dem Markenzeichen dieser Partei werden Menschen



mit humanitärer Hilfe bedacht, wobei Register derjenigen erstellt werden, die sie benötigen, und derjenigen, die sie bereits erhalten haben.

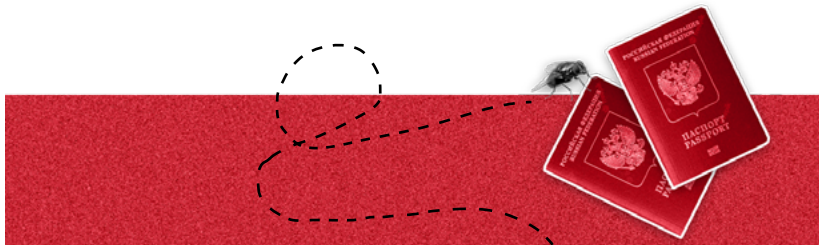
• *Besatzer zerstören wirtschaftliche Beziehungen zur freien Ukraine*

Darüber hinaus beschaffen sich die Russen Daten über die Bevölkerung und binden sie im Gegenzug für finanzielle Unterstützung in ihre Propagandamaßnahmen ein. Gleichzeitig ermutigen die Russen die Bewohner der vorübergehend besetzten Gebiete, den Rubel zu verwenden, indem sie den Wechselkurs künstlich auf 1,5 Rubel pro 1 Griwna senken, während der durchschnittliche Kurs in den Banken bei 2,6 Rubel pro 1 Griwna liegt. Folglich wird die Bezahlung von Produkten und Dienstleistungen in Griwna teurer. Darüber hinaus verpflichtet die Besatzungsverwaltung die Unternehmen, Preise anzugeben und Zahlungen sowohl in Griwna als auch in Rubel zu akzeptieren, und überwacht ständig, ob dies auch eingehalten wird. Unternehmen, die in den besetzten Gebieten tätig sind, werden von den Russen gezwungen, sich bei neu geschaffenen „Eigentumsfonds“ registrieren zu lassen. Wenn dies nicht geschieht, nehmen die Nutzer das Geschäft und die Immobilie weg.

• *Die Russen stellen den Bewohnern der besetzten Gebiete zwangsweise russische Pässe aus*

Durch die erzwungene Passportierung sammeln sie auch Daten über Ukrainer und suchen nach Personen, die den Besatzern gegenüber (un)loyal sind. Außerdem schaffen die Besatzer dank der Menschen, die sich bereit erklären, russische Pässe zu erhalten, ein Bild, mit dem sie den Krieg und mögliche fiktive Volksabstimmungen rechtfertigen können.

Im Juli erleichterte Putin den Ukrainern den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft. Und in den vorübergehend besetzten Gebieten haben die Russen eine Reihe von Einrichtungen zur Ausstellung russischer Pässe eingerichtet. In Melitopol wurde eine Vertretung des russischen Migrationsdienstes eröffnet.



Nach den Erfahrungen in den besetzten ukrainischen Gebieten kann die Verweigerung der russischen Staatsbürgerschaft zur Deportation, zum Entzug des Rechts auf Wohnung, zur Beschlagnahme von Eigentum usw. führen.

- Russen blockieren ukrainische Informationen in vorübergehend besetzten Gebieten

Russland nutzt die beschlagnahmte Infrastruktur direkt in den besetzten Gebieten, um eine Informationsblockade zu verhängen. Zwischen März 2014 und Juli 2022 beschlagnahmten die Russen mindestens 131 Medieninfrastrukturen – Fernsehtürme, Repeater oder Radiosender – in allen vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine. Seit dem 24. Februar 2022 sind mindestens 48 Standorte beschlagnahmt worden.

Lokale Journalisten in den vorübergehend besetzten Gebieten werden entführt und bedroht. Daher haben seit dem 4. Juli 14 regionale und 53 lokale Fernsehsender sowie 18 regionale und 47 lokale Radiosender ihren Sendebetrieb in den vorübergehend besetzten Gebieten eingestellt. Das sind etwa 15% aller Fernsehsender in der Ukraine. Die Bewohner der besetzten Gebiete haben praktisch keine lokalen Nachrichten mehr.

Mindestens 46 ukrainische Internet-Provider wurden gezwungen, ihren Betrieb in den besetzten Gebieten einzustellen. Einige Internet-Provider wurden erpresst, sich mit russischen Netzen zu verbinden, während andere von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt und ihr Datenverkehr über russische Anbieter umgeleitet wurde. Diejenigen ukrainischen regionalen Online-Publikationen, die in den besetzten Gebieten weiter tätig sein konnten, wurden von Roskomnadsor blockiert und für Einheimische unzugänglich gemacht.



• *Russland setzt in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine ein Netz von Lügen ein*

Die Besatzer strahlen in den besetzten Gebieten mit Hilfe beschlagnahmter ukrainischer Geräte russische Fernseh- und Radiosendungen aus und schaffen neue Propagandamittel. Insbesondere haben die russischen Besatzungsbehörden seit dem 24. Februar die Fernsehkanäle Tavria, ZaTV und Novyy Mariupol gestartet, mit dem Druck von Publikationen unter lokalen Marken wie Priazovsky Rabochiy, Naddniprovyanskaya Pravda, Zaporizhzhya Vestnik und Kakhovsky Vestnik begonnen und zahlreiche Online-Informationsquellen geschaffen.

Die Russen verbreiteten ihre Propaganda jedoch hauptsächlich durch Telegramme. Nach dem 24. Februar richteten sie mehr als 100 Telegrammkanäle ein, die sich an die Bewohner der vorübergehend besetzten Gebiete oder der Orte, die die Russen besetzen wollten, richteten. Einige dieser Kanäle wurden am Vorabend der Invasion (20.-23. Februar) eingerichtet. Einige wurden als offizielle Kanäle der Besatzungsbehörden eingerichtet, während andere lokale Medien und Nachrichtenquellen imitieren und russische Desinformationen über militärische Aktionen auf ukrainischem Gebiet verbreiten. Die Verbindungen zwischen diesen Kanälen und Russland wurden vom SBU (Sicherheitsdienst der Ukraine) bestätigt.

In vielerlei Hinsicht hat Russland den Boden für die derzeitigen illegalen Aktionen bereitet, als es Pseudo-Referenden auf der besetzten Krim und in Teilen der Gebiete Donezk und Luhansk abhielt.

Doch während Russland 2014 seine Aggression verbarg, indem es „Volksinitiativen“ imitierte, handelt es jetzt offen. Wie schon 2014 will sie die Welt mit der Tatsache der illegalen Annexion konfrontieren und hofft, dass sie auf die Verletzung des Völkerrechts keine starke Antwort erhält. Werden die internationalen Organisationen und die Welt nun den Erwartungen Russlands gerecht werden?



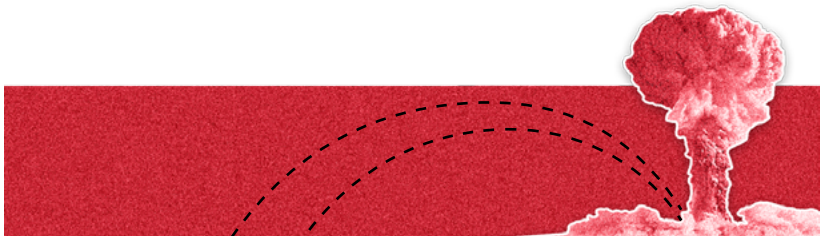
Inwiefern sind Russlands Pseudo-Referenden in den ukrainischen Gebieten bedroht?

• *Russland wird die Welt intensiv mit dem Einsatz von Atomwaffen erpressen*

Wenn die ukrainischen Gebiete nach den Pseudo-Referenden gewaltsam an Russland angegliedert werden, kann es sich darauf berufen, dass seine neuen Gebiete nicht angegriffen werden können. Die russische Führung wird wahrscheinlich behaupten, dass sie alle russischen Gebiete, einschließlich der illegal beschlagnahmten, mit Atomwaffen verteidigen kann, falls die Ukrainer versuchen sollten, sie zu befreien.

Durch nukleare Erpressung würde Russland Druck auf westliche Staaten ausüben, damit diese einen Dialog aufnehmen und die Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland de facto anerkennen.

Im Juni 2022 unterzeichnete Putin ein Dekret, das festlegt, wann Russland in der Lage sein wird, sich mit Atomwaffen gegen äußere Bedrohungen zu verteidigen“. Darüber hinaus können „Drohungen“ gegen Russland auch durch die russische Propaganda selbst konstruiert werden – so kann beispielsweise die fälschliche Beschuldigung der Ukraine, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln oder einzusetzen, zur Verstärkung nuklearer Drohungen genutzt werden. Darüber hinaus könnte Russland nach den Pseudo-Referenden in dem neu annektierten Gebiet Atomwaffen einsetzen, wie es dies zuvor auf der besetzten Krim getan hatte: 39 Anlagen, die als Träger für Atomwaffen genutzt werden könnten, wurden dort aufgestellt.



• *Russland setzt die Zwangsmobilisierung in den besetzten Gebieten mit neuem Elan ein*

Eine Reihe von internationalen Instrumenten schützt die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten. Insbesondere Artikel 51 der Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten besagt, dass die Bewohner besetzter Gebiete nicht zwangsweise für die Armee des Besatzers mobilisiert werden dürfen, indem sie unter Druck gesetzt und ermutigt werden, sich der feindlichen Armee anzuschließen. Russland verstößt weiterhin grob gegen diese und andere Konventionen, indem es die Bewohner der besetzten Teile der Regionen Donezk und Luhansk zwangsmobilisiert. Nach der Durchführung von Scheinreferenden wird Russland jedoch die Bewohner der besetzten Gebiete als seine eigenen Bürger betrachten, die der Wehrpflicht nach denselben Regeln unterliegen wie die übrigen Russen. Dies wird wahrscheinlich zu einer Zunahme der Zwangsmobilisierung führen. Sie wird auch dadurch erleichtert, dass Russland den Ukrainern weiterhin zwangsweise russische Pässe ausstellen wird.

• *Russland stellt Ukrainern zwangsweise russische Pässe aus*

Artikel 45 der Haager Landkriegsordnung verbietet es, Bewohner eines besetzten Gebiets zu zwingen, dem feindlichen Staat die Treue zu schwören. Russland verstößt jedoch gegen diese Bestimmung und zwingt die Ukrainer, russische Pässe anzunehmen.

Dies geschieht zum einen, um Personen, die Russland nicht wohlgesonnen sind, und pro-ukrainische Aktivisten zu identifizieren und zu unterdrücken. Menschen, die sich weigern, einen russischen Pass zu besitzen, wird der Zugang zu Sozialhilfe, medizinischer Versorgung, Bildung, Arbeitsplätzen usw. verwehrt, wie dies bereits auf der besetzten



Krim der Fall ist. Und Menschen, die sich bereit erklären, einen russischen Pass zu erhalten, werden von Russland als eigene Staatsbürger betrachtet und haben bessere Möglichkeiten, sie gegebenenfalls zu verfolgen. Kinder, die nach dem 24. Februar 2022 im Gebiet Cherson geboren werden, erhalten automatisch die russische Staatsbürgerschaft, erklärten die Besatzer.

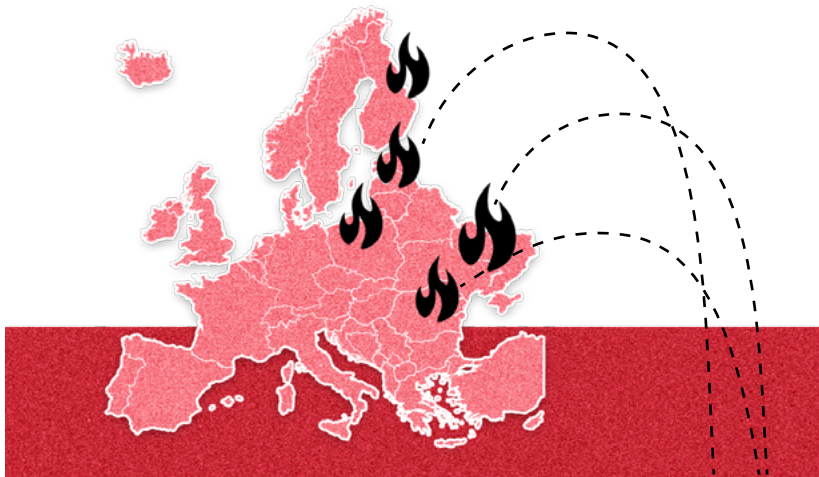
• Es wird mehr ethnische Russen in den besetzten Gebieten geben und die russische Sprache wird durchgesetzt

So sind beispielsweise seit 2014 eine halbe Million russische Bürger auf die Krim gezogen, und etwa 30 000 Krimtataren haben die Insel wegen politischer Verfolgung verlassen. Mehr als 100.000 ukrainische Bürger haben die Halbinsel verlassen. Um Russen künstlich in die besetzten Gebiete zu locken, gewährt Russland ihnen finanzielle Unterstützung, entschädigt sie für ihre Ausgaben, stellt ihnen Wohnraum zur Verfügung usw. In der Zwischenzeit hat Russland bereits angekündigt, dass die Schulen in den vorübergehend besetzten Gebieten der Regionen Cherson und Saporischschja ab dem 1. September auf den russischen Lehrplan umgestellt werden, während in einigen Regionen, insbesondere in Mariupol, die „De-Ukrainisierung“ des Bildungswesens bereits im Gange ist. Darüber hinaus wird sich Russland auch in das religiöse Leben der Bürger einmischen, wie es dies bereits im Donbas und auf der Krim getan hat.



Welche Risiken birgt die Durchführung von Pseudo-Referenden für Europa?

Russland missachtet und verletzt in grober Weise die Grundsätze des Völkerrechts, insbesondere den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen. Seit Beginn der groß angelegten Invasion haben die Russen mindestens 17.500 Aggressions- und Kriegsverbrechen auf ukrainischem Gebiet begangen. Allein die Möglichkeit, in den besetzten Gebieten von Cherson und Saporischschja sowie in den Gebieten Donezk und Luhansk Scheinreferenden abzuhalten, würde bedeuten, dass Russland weiterhin völkerrechtswidrig handeln kann. Wladimir Putin versucht nicht nur, die Ukraine vollständig zu zerstören, sondern hat auch seine eigene Vision vom Wiederaufbau des russischen Reiches. Da Russland eine gemeinsame Grenze mit vielen europäischen Staaten hat (und darüber hinaus Weißrussland effektiv kontrolliert), werden der Erfolg der Pseudo-Referenden und das Ausbleiben einer starken und wirksamen Reaktion anderer Staaten die russischen Invasionsbestrebungen nur noch verstärken und die Möglichkeit eines diplomatischen und politischen Drucks auf Russland beseitigen. Länder, auf die Russland potenzielle territoriale und so genannte sicherheitspolitische Ansprüche erhebt, werden besonders gefährdet sein (z. B. Moldawien, Kasachstan, die baltischen Staaten usw.)

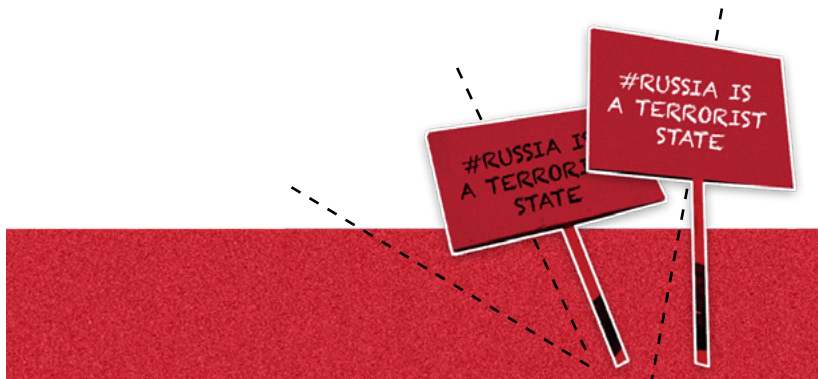


Wie man das russische Szenario stoppen kann: Ratschläge von OPORA

Im Jahr 2014 besetzte Russland die ukrainische Krim und erhielt von der internationalen Gemeinschaft keine starke Reaktion. Die internationalen Institutionen beschränkten sich daraufhin auf Erklärungen und Entschlüsse zur Verfassungswidrigkeit, Rechtswidrigkeit und Unrechtmäßigkeit des von Russland auf der Krim abgehaltenen Pseudo-referendums, und faktisch wurde alles auf eine passive Akzeptanz der russischen Annexion der Krim reduziert. Die damaligen Erfahrungen mit der Annexion sollten jetzt berücksichtigt werden, um die Pläne Russlands und ihre potenziellen Gefahren zu antizipieren.

Die Partnerstaaten sollten die Militärhilfe für die Ukraine verstärken und Russland mit Sanktionen unter Druck setzen, damit die Ukraine die besetzten Gebiete befreien kann.

Russland sollte als Sponsor des Terrorismus anerkannt werden. Dazu muss der Außenminister nach US-Recht feststellen, dass die russische Regierung wiederholt Akte des internationalen Terrorismus unterstützt hat. Bislang sind nur Kuba, Nordkorea, Iran und Syrien als Sponsoren des Terrorismus anerkannt. Mit der Verleihung dieses Status unterliegt der Staat automatisch starken Sanktionen (Einschränkung der US-Auslandshilfe, Verbot der Ausfuhr und des Verkaufs von Verteidigungsgütern, Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck usw.) und der Verhängung von Sanktionen gegen Länder, die weiterhin Geschäfte mit dem Staat machen, der den Terrorismus unterstützt.

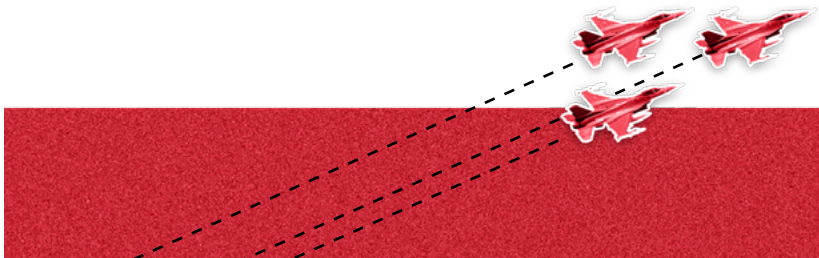


Darüber hinaus sollten die Listen der persönlichen Sanktionen umgehend aktualisiert werden, um sie auf russische Beamte anzuwenden, die an der illegalen Eingliederung ukrainischer Gebiete in Russland und an der Vorbereitung eines Pseudo-Referendums beteiligt sind.

Russland sollte aus den internationalen Organisationen ausgeschlossen werden. Insbesondere sollte in Erwägung gezogen werden, Russland die Mitgliedschaft in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu entziehen, da Russlands Bestreben, das System des internationalen Rechts zu zerstören, nicht mit dem Mandat und der Aufgabe der Organisation vereinbar ist. Die Diskussionen über einen möglichen Rückzug Russlands aus dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sollten ebenfalls eine praktische Ebene erreichen.

Außerdem sollten internationale Organisationen und Partnerstaaten nicht versuchen, die Verhandlungen mit Russland wieder aufzunehmen, während es weiterhin ukrainische Gebiete an sich reißt. Eine Politik der einseitigen Zugeständnisse wird die Situation nur verschlimmern und zu einer Ausweitung des Konflikts und der Geographie der Konfrontation führen.

Die Partnerländer sollten ihre militärische Unterstützung für die Ukraineverstrken. Um einen strategischen Vorteil auf dem Schlachtfeld zu erlangen und mit der Befreiung der besetzten Gebiete zu beginnen, muss die ukrainische Armee dringend schwere Waffen in der richtigen Menge und Qualität erhalten. In erster Linie benötigt es Mehrfachraketen- und Langstreckenartilleriesysteme nach NATO-Standard und die dazugehörige Munition, Luft- und Raketenabwehrsysteme, gepanzerte Fahrzeuge und unbemannte Luftfahrzeuge.



Der ukrainische Staat sollte andere Staaten und internationale Organisationen systematisch über die konkreten Schritte Russlands bei der Vorbereitung und Durchführung von Pseudo-Referenden informieren. Gleichzeitig sollte die Ukraine eine Liste neuer internationaler Sanktionen gegen Russland vorschlagen, die auf dessen Vorbereitungen für die gefälschten Referenden zurückzuführen sind.

Kollaborationsverbrechen im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Pseudo-Referenden sollten dokumentiert und untersucht werden, aber es ist wichtig, von einer zivilrechtlichen Verfolgung abzusehen, wenn sie mit den Besatzern interagiert haben, um zu überleben.

Die Bürger der Ukraine in den besetzten Gebieten sollten versuchen, jede Form der Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung von Scheinreferenden zu vermeiden. Das zivilgesellschaftliche Netzwerk OPORA gab in einem separaten Artikel klare Empfehlungen für Bewohner der besetzten Gebiete, wie sie sich bei einem gefälschten Referendum verhalten sollten.

Potenzielle Organisatoren eines Pseudo-Referendums sollten bedenken, dass nach ukrainischem Recht die Organisation von Scheinreferenden mit 5 bis 12 Jahren Gefängnis, dem Verlust des Amtes und wahrscheinlich auch des Vermögens bestraft werden kann. Dies gilt für Bürger ab 16 Jahren. Internationale Sanktionen können auch diejenigen erwarten, die an der Vorbereitung und Durchführung von Volksabstimmungen beteiligt sind.



Die Pseudo-Referenden, die Russland in den besetzten Gebieten der Ukraine abhalten will, verstoßen gegen das Völkerrecht und die Verfassung. Ihre Ergebnisse werden rechtlich nichtig sein, aber ohne eine klare und starke Reaktion der internationalen Gemeinschaft werden sie es Russland ermöglichen, seine Gräueltaten auszuweiten. Dies wird zu neuen Bedrohungen für die Ukraine, Europa und den Rest der Welt führen. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass Russland eines Tages selbst beschließen wird, den Krieg, den es in der Ukraine entfesselt hat, zu beenden: Er muss beendet werden.

Bitte kontaktieren
Sie uns für Kommentare:

Olga Aivazovska
Vorstandsvorsitzenderin
des Civil Network OPORA
a.olja@opora.org.ua
+380636179750

